der Nachweis erfolgreichen Studiums mindestens in je einem Fache der oben erwähnten Gebiete. Die Kenntnis der sozialen Fragen ist besonders zu betonen.

7. Um dem Studierenden die Möglichkeit einer innerlichen Verarbeitung des Stoffes zu geben, ist unbedingt dahin zu streben, daß die normale Durchschnittsbelastung des Studierenden im Studienprogramm niemals mehr als 30 Wochenstunden, einschließlich aller Vorträge, Uebungen usw., beträgt. Es ist daher eine wesentliche Beschränkung der Studienpläne in einzelne Semester erforderlich.

8. Der erforderliche Zeitgewinn muß erreicht werden durch

1. die Wahlfreiheit in allen Fächern der Oberstufe,
2. die Einrichtung zusammenfassender Vorlesungen in den Hauptfachgebieten,
3. die Befreiung der Prüfungsordnung von allen staatlichen Vorschriften,
4. zeitliche Zusammenlegung der Konstruktionsübungen in den verschiedenen Fächern der Oberstufe,
5. Beschränkung des Umfangs der Arbeiten an zeichnerischen Entwürfen zugunsten einer mehr seminaristischen Handhabung der Uebungen.

Das Ablegen der abschnittweisen Prüfungen in den Einzelfächern, also im wesentlichen immer in unmittelbarem Anschluß an die Vorlesungen und Uebungen, wie es für Kriegsteilnehmer bereits eingeführt ist, soll auch weiterhin allgemein gestattet werden. Die Diplomarbeit ist zweckmäßig erst nach Ablegung aller Einzelprüfungen anzusetzen, damit der Studierende Gelegenheit hat, sich vollständig auf die Diplomarbeit zu konzentrieren.

10. Die Frage der Kollegegelder, Prüfungsgebühren usw. sollte in dem Sinne geregelt werden, daß der Student für die normalen Vorlesungen und Uebungen einschließlich der Prüfungen pro Semester einen bestimmten Pauschalbetrag bezahlt, welcher für Diplomkandidaten usw. abgestuft werden kann. Die Unterrichtsgelder für Laboratorien usw. müssen nach wie vor gesondert entrichtet werden. Die an den Hochschulen gehandhabte Berechnung der eingehenden Kollegegelder auf die einzelnen Dozenten soll durch diese Aenderung nicht berührt werden, da auch bei der vorgeschlagenen Handhabung der Studierende verpflichtet bleibt, sich bei den einzelnen Lehrern einzuschreiben. Die Verrechnung der eingehenden Kollegegelder auf die dafür in Betracht kommenden Dozenten, nach einem dem früheren Verfahren entsprechenden Schlüssel, ist ohne besondere Schwierigkeiten möglich. Diese Frage ist eine interne Angelegenheit des Lehrkörpers und berührt die Studentenschaft nicht.

Im Anschluß an diese Ausführungen sollen nun die Wünsche der Studentenschaften zur Aussprache kommen und der Nachmittag weiterer eingehender Beratung über die Hochschulreform vorbehalten sein.

Das Wahlergebnis in Frankreich

× Paris, 27. November. Bisher sind 600 Wahlergebnisse bekannt. Es stehen noch aus zehn Mandate der Kolonien und weitere zehn Mandate, um die ein zweiter Wahlgang stattfinden muß. Gewählt sind 139 Linksrepublikaner, 60 Radikale, 83 Sozialistischradikale, 27 republikanische Sozialisten, 68 unifizierte Sozialisten, 6 dissidente Sozialisten, 131 Progressisten, 60 Vertreter der Action liberale und 31 Konservative.

Internationale Vertretung der Arbeiter

× Washington, 26. November. (Reuter.) Die Internationale Arbeitskonferenz hat am Dienstag in der wichtigsten Frage, nämlich der Frage des Anteiles an der leitenden Körperschaft des internationalen Arbeitsbureaus, Beschluß gefaßt. Holland erhält eine Vertretung in der Gruppe der Arbeiter. Frankreich, England und Deutschland haben Vertreter in allen drei Gruppen. Die Vereinigten Staaten sind somit noch nicht vertreten.

Ein Mörder des Zaren

* Warschau, 27. November. In den letzten Tagen wurde in Warschau wieder eine allgemeine Razzia veranstaltet. Mehrere Kommunisten, darunter ein russischer Bolschewist, wurden verhaftet. Die Untersuchung ergab, daß einer der Verhafteten an der Ermordung des Zaren Nikolaus teilgenommen hatte. Bei der Verhaftung wurden Wäschestücke des Zaren und ein Taschenbuch vorgefunden, in dem der Zar Aufzeichnungen gemacht hatte. Im Verhör gestand der Bolschewist, daß er als Angehöriger der russischen roten Garde an der Durchführung des Todesurteils gegen den Zaren Nikolaus teilgenommen habe.

Der alte Ton, die alten Mittel

Eine neue Note Clemenceaus

WTB. Berlin, 27. November. Der deutschen Regierung ist in Paris am 25. November abends 8 Uhr folgende Note zugestellt worden, die infolge der telegraphischen Störungen am 26. d. M. abends in Berlin eingegangen ist:

Paris, 22. November 1919.

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom 21. November zu bestätigen, worin mitgeteilt wird, daß Herr v. Simson zu Besprechungen mit der deutschen Regierung über die Art und Weise der Inkraftsetzung des Vertrages nach Berlin abgereist ist, und daß für die zu schließenden Abkommen die Zustimmung der deutschen Nationalversammlung erforderlich ist. Nach dieser Mitteilung muß ich zweifeln, daß die Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls des Friedensvertrages, zu deren Vornahme sich die alliierten und assoziierten Regierungen für den 1. Dezember vorbereitet haben, an diesem Tage stattfinden kann, und zwar infolge der Haltung der deutschen Regierung, die sich schon seit dem 1. November im Besitze der Note der Verbündeten und des ihr beigefügten Protokolls befindet. Eine solche Verzögerung der Ratifikation des Vertrages wäre um so bedauerlicher, als sie Zweifel an der Aufrichtigkeit der Absichten Deutschlands hinsichtlich der Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Waffenstillstand und aus dem Friedensvertrage wachrufen könnten. Es dürfte aber im allgemeinen Interesse und vor allem im Interesse des deutschen Volkes liegen, daß eine schnelle Inkraftsetzung des Vertrages den Frieden und alle für die ganze Welt damit verbundenen Möglichkeiten der Wiederaufrichtung zurückbringt. Die Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls ist insbesondere für den Zeitpunkt der Rückkehr der Kriegsgefangenen nach Deutschland maßgebend.

Ich lege in dieser Hinsicht besonderen Wert darauf, die in ihrem gestrigen Schreiben wiederholte unrichtige Behauptung zurückzuweisen, daß die französische Regierung ein Versprechen gegeben und nicht gehalten habe. Die Wahrheit ist ganz anders. Am 28. August hatte der Oberste Rat den Entwurf einer Erklärung über die Kriegsgefangenen gutgeheißen, wonach der Zeitpunkt der Ratifikation des Friedensvertrages, soweit die Heimschaffung der Kriegsgefangenen in Betracht kommt, vordatiert werden und die Heimschaffung sofort beginnen sollte. Dieser Beschluß ist sofort ausgeführt worden und die Heimschaffung der Kriegsgefangenen hat begonnen. Demgemäß sind die von den britischen, amerikanischen und belgischen Armeen gemachten Gefangenen in voller Uebereinstimmung mit der französischen Regierung nach Deutschland zurückgeführt worden. Aber die Entscheidung besagte weiter, daß die Fortsetzung dieser wohlwollenden Politik davon abhängen sollte, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen. Die Mitteilung der alliierten und assoziierten Regierungen zeigt einmal, mit welcher Geduld die Alliierten darauf gewartet haben, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt, und stellt ferner fest, daß diese Verpflichtungen von ihm in einer gewissen Anzahl sehr wichtiger Punkte gröblich verletzt worden sind. Die Folge hiervon konnte nur der Beschluß sein, sich streng an die Bestimmungen des Friedensvertrages zu halten, der die Heimkehr der Kriegsgefangenen mit der Inkraftsetzung des Friedensvertrages verknüpft.

Die deutsche Regierung hat es an der Hand, daß binnen einer Frist von acht Tagen die endgültige Ratifikation unterzeichnet wird und die Gefangenen in ihre Heimat zurückkehren. Es ist dazu nur erforderlich, daß sich die Vertreter der Verbündeten und Deutschlands über die Art und Weise der praktischen Durchführung der die Gebiete im Osten betreffenden Bestimmungen verständigen und daß das der Mitteilung vom 1. November beigefügte Protokoll, das die vollständige Ausführung der Bestimmungen des Waffenstillstandes sowie die Strafen für dessen Verletzung festlegt, ohne neue Einwendungen unterzeichnet wird. Genehmigen Sie usw. gez. G. Clemenceau.

Nachschrift, den 24. November 1919. Nach der Abfassung des gegenwärtigen Schreibens, dessen Absendung sich nur durch die Abwesenheit des Präsidenten der Friedenskonferenz verzögert hatte, ist durch Ihr Schreiben vom 23. d. M. eine neue Tatsache zur Kenntnis des Obersten Rates gebracht worden. Nach Herrn v. Simson sind auch die deutschen Sachverständigen abgereist, die vor drei Tagen angekommen waren, um zusammen mit den Kommissionen der Verbündeten alle Fragen der Ausführung des Vertrages hinsichtlich der Arbeit der Verwaltungs-, Abstimmungs- und Grenzkommissionen zu regeln. Den Obersten Rat hat die Abreise der Delegierten lebhaft überrascht. Er kann darin nur ein Zeichen dafür erblicken, daß Deutschland die Vereinbarungen, die dem endgültigen Austausche der Ratifikationsurkunden des Friedensvertrags notwendigerweise vorausgehen müssen, noch weiter verzögern will. Diese Tatsache hat sehr bedauerliche Zweifel an den Absichten der deutschen Regierung wachgerufen. Der Oberste Rat wünscht, binnen kürzester Frist in dieser Hinsicht Klarheit zu erhalten, und überläßt der deutschen Regierung die volle Verantwortung für die von ihr verursachte Verzögerung der Wiederherstellung des Friedenszustandes. gez. G. Clemenceau.

*

Der Brief an Dutasta

WTB. Berlin, 27. November. Das Schreiben, das Herr v. Lersner an den Generalsekretär der Friedenskonferenz Herrn Dutasta anläßlich der Abreise des Herrn v. Simson gerichtet hat, und auf das in der neuen französischen Note Bezug genommen wird, hat folgenden Wortlaut:

Herr Generalsekretär! Da Ew. Exzellenz nicht in der Lage war, mich heute zu empfangen, möchte ich nicht verfehlen, Ihnen schriftlich den Grund meines Besuches zu übermitteln. Durch die gestrige Unterredung hatte Herr Ministerialdirektor v. Simson die Ueberzeugung gewonnen, daß er vor weiterer Beratung über die Inkraftsetzung des Friedensvertrages mündlich in Berlin der deutschen Regierung berichten müsse, um so mehr, als für die hiesigen Abmachungen die Zustimmung der deutschen Nationalversammlung nötig ist. Er wird sich daher morgen abend nach Berlin begeben. Ich bin ferner gezwungen, Ew. Exzellenz mitzuteilen, daß ich mit allem Nachdruck dagegen Einspruch erhebe, daß die Frage der Heimbeförderung der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages erneut in Verbindung gebracht wird. Durch die Erklärungen der alliierten und assoziierten Regierungen ist diese Frage von der Inkraftsetzung losgelöst worden. Wenn dieses Versprechen nicht mehr Geltung haben sollte, würde jetzt auch das jetzige neu in Aussicht gestellte Versprechen der französischen Regierung der öffentlichen Meinung in Deutschland keine Sicherheit geben. Schließlich möchte ich nicht unterlassen, auf den beiliegenden Artikel der heutigen „Presse de Paris“ über die Auslieferungsfrage hinzuweisen. Genehmigen, Herr Generalsekretär, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(gez.) Freiherr v. Lersner.

*

Kein Eingehen auf die Erpresserpolitik

Die Stellungnahme der deutschen Regierung

WTB. Berlin, 27. November. Zur Note Clemenceaus wird von maßgebender Stelle bemerkt:

Das vorliegende Schreiben hat sich mit der Antwort auf die Kriegsgefangenen-Note gekreuzt. Es zeigt, daß es der französischen Regierung in schroffem Gegensatze zu den Behauptungen in der Kriegsgefangenen-Note der Entente nun doch eingefallen ist, daß sie am 28. August Versprechungen über die Heimsendung der Kriegsgefangenen vor der Ratifikation gemacht hatte. Wenn sie nun die Zurückziehung dieses Versprechens, die sie niemals stillschweigend vornehmen durfte, sondern wenigstens der deutschen Regierung mitteilen mußte, mit der Nichteinhaltung deutscher Verpflichtungen erklären will, so fragt es sich, um welche nicht eingehaltenen Bedingungen es sich hier handeln kann. Dabei muß alles ausscheiden, was vor dem 28. September liegt, denn an diesem Tage ist dem deutschen Vertreter in Paris noch mitgeteilt worden, daß die Kriegsgefangenenfrage erledigt sei. Die Transporte nach Deutschland würden von jetzt an ununterbrochen laufen. Damit fällt vor allem die angebliche Schuld in der Scapa-Flow-Sache weg, ebenso wie die baltische Frage ausscheiden muß, da der Bericht der unter Führung des Generals Niessel stehenden Kommission noch nicht vorliegt. Es bleiben also die spärlichen, bei dem beispiellosen Umfang der laut Waffenstillstandsvertrag zu erfüllenden Leistungen kaum ins Gewicht fallenden Rückstände, die wahrlich nicht als Vorwand für den Widerruf einer von Frankreich gegen erhebliche deutsche Leistungen vertraglich übernommenen Verpflichtung dienen können.

Nun wird in einer neuen Note die Freilassung der Gefangenen innerhalb von acht Tagen in Aussicht gestellt, wenn Deutschland ohne neue Einwendungen unterzeichnet.

Die Kriegsgefangenen sollen also nochmals verkauft werden, und zwar für die Auslieferung der Bagger, Docks und Kräne, ohne die es ein deutsches Wirtschaftsleben kaum geben kann.

Aber mehr noch. Um sie zurückzubekommen, soll eine Bestimmung anerkannt werden, wodurch die Entente das Recht hat, auch fernerhin alle militärischen und andere Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, die sie für angezeigt erachtet. Wer bietet eine Garantie dafür, daß auch nach Friedensschluß geradeso wie heute unter diesen Zwangsmaßnahmen nicht auch die Einstellung der Kriegsgefangenentransporte zu verstehen sein wird? Damit hätte die deutsche Regierung einen letzten wertvollen Teil des deutschen Volksvermögens verschleudert, durch ihre Zustimmung den Kriegszustand in den Frieden hinein verlängert und dennoch das Los der Kriegsgefangenen nicht gemildert. Die deutsche Regierung wird nach all den Erfahrungen in der Kriegsgefangenenfrage und nach den zum zweitenmal nicht eingehaltenen bindenden Versprechungen das drittemal sich nicht auf solch einen unsicheren Rechtsboden begeben, um so weniger, als gerade heute die Nachricht aus Paris kommt, Herr Clemenceau habe in einer Ansprache erklärt, daß die deutschen Kriegsgefangenen erst herausgegeben werden sollen, wenn 900 000 deutsche Arbeiter unter genau den gleichen Bedingungen im Wiederaufbaugebiet eingetroffen seien.

*

So erfreulich, wie von vielen der Ton der letzten deutschen Note an die Entente empfunden wurde, ist auch der Inhalt dieser offiziösen Stellungnahme der Regierung zu dem letzten Versuch Clemenceaus, durch ein Versprechen der Herausgabe der Kriegsgefangenen neue Abgaben von dem schon mehr als ausgepreßten Deutschland zu erlangen. Jede Erpresserpolitik muß schließlich zu einem Mißerfolg führen, wenn das Opfer mittellos geworden ist, oder die Qual nicht mehr länger aushalten kann und zu dem Schlusse kommt, daß ein Ende mit Schrecken einem Schrecken ohne Ende vorzuziehen sei. — Furchtbar ist natürlich, daß die eigentlichen Notleidenden bei dieser rücksichtslosen Politik Clemenceaus die Kriegsgefangenen sind. Aber auch von ihrem Standpunkt aus ist die Haltung der Regierung verständlich. Einmal werden sie doch nach Deutschland zurückkehren und hier Arbeit und Unterhalt finden wollen, dann werden sie dankbar sein, wenn die Möglichkeit dazu für sie und für das Reich durch die Regierung bewahrt wurde. — Die Entente aber und vor allem Frankreich müßten nun endlich erkennen, daß ihrer rohen Politik ein Ziel gesetzt ist, daß Deutschland physisch und psychisch am Ende seiner Kraft ist. Mit einer Fortsetzung dieses Erpresserverfahrens schädigt die Entente sich selbst nicht minder als uns. Bleibt sie eine passive Resistenz bei jedem einzelnen Deutschen groß, wie sie es jetzt tut, wird sie niemals auf ihre Kosten kommen. Selbst aber zum ungetrübten Genuß dessen, was sie von uns erpreßt haben, wird sie nicht kommen, wenn sie durch eine Haßstimmung, wie sie die Kriegsgefangenen einmal nach Deutschland bringen werden, sich ständig in ihrem gewaltsam erworbenem Besitz bedroht sieht. — Wir betonen seit Monaten schon, daß wir unser bestes tun wollen zur Ueberwindung der Kriegsschäden, und wir haben schon Unmenschliches getan, aber der wirkliche Ausgleich für die Welt läßt sich nur erreichen bei gegenseitigem Zusammenarbeiten.

Verhandlungen mit Tschechowien

T. Brünn, 28. November. (Eig. Drahtbericht.) Die „Lidové Noviny“ melden, daß die österreichische Regierung unverbindliche Vorverhandlungen wegen einer politischen Annäherung an die tschechoslowakische Republik eingeleitet hat, um sich gegen die von Ungarn drohende monarchistische Gefahr zu schützen.

Die ersten Sendungen in Wien

⊕ Wien, 28. November. (Eig. Drahtbericht.) Hier sind gestern die ersten vier Züge mit deutschem Getreide und Mehl aus Regensburg und Mannheim eingetroffen. Auch fünf Kohlenzüge aus Oderberg werden für heute erwartet. Ohne die begonnene deutsche Hilfe wäre Wien am Mittwoch kommender Woche außerstande gewesen, mehr als ein Viertel der Nation noch auszugeben.

Die Vereinigten Staaten und Mexiko

+ Washington, 28. November. (Eig. Drahtbericht.) Die Intervention der Vereinigten Staaten in Mexiko ist sehr leicht möglich, falls sich Carranza weigern sollte, den amerikanischen Konsul Jenkins auszuliefern, der sich zur Zeit in einem Militärgefängnis in Mexiko befindet. Lansing sandte eine Note an Carranza, in der die sofortige Auslieferung Jenkins verlangt wird. Mexiko wird gewarnt vor jeder weiteren Betätigung, die die Beziehungen zwischen der Union und Mexiko stark beeinflussen werden, und zwar so, daß Mexiko die volle Verantwortung auf sich zu nehmen hat. Die Streitkräfte der Vereinigten Staaten an der mexikanischen Grenze belaufen sich zur Zeit auf 125 000 Mann. Das Kriegsdepartement beschloß, daß weitere 250 000 Mann und drei Jahre Zeit nötig sind, um die Pazifizierung durchzuführen, falls dies erforderlich werde.

Ludwig Anzengruber

Von Hermann Kienzl

War es nicht gestern? Der Grazer Schriftstellerverein „Concordia“ gab einem illustren Wiener Gaste ein Bankett. Auf dem Ehrenplatz der Tafel saß ein breitstämmiger Mann, Urbild männlicher Kraft. Die großen Augen, die steile, weit offene Stirn, die scharfe Hakennase, der mächtige Vollbart, das Gesicht umrahmend zur Brust wallend, sie schwinden nicht aus dem Gedächtnis. Es war das einzige Mal, daß ich Ludwig Anzengruber mit leiblichen Augen sah. Und nun soll ich glauben, daß er heute achtzig wäre, hätte ihn nicht der blinde Tod, Rosen wie Disteln jätend, elf Tage nach dem fünfzigsten Geburtstag zerstört!

Wer starb an dem nebelkalten Dezembertag zu Wien? Ein deutschösterreichischer „Volksdichter“, ein österreichischer Dichter des deutschen Volkes ... „Volksdichter!“ Das Doppelwort, aus zwei edlen Wörtern zusammengefügt, hat nicht den besten Klang. Man denkt der Kalendergeschichten und Theaterstücke, die mit weniger Kunst als Behagen dem großen Kinde süßen Brei zum Munde löffeln. Aber Anzengruber?! Auch er kam von der alten Volkspossenbühne her, deren Wiege das Hanswurst-Theater auf dem Hohen Markt zu Wien gewesen. Aber seine Volksstücke schlugen die Ueberlieferung in Trümmer. Jeder wahre Erfüller ist zugleich ein Ueberwinder. In manchem Anzengruber-Stück sehen wir noch die Eierschalen der Wiener Vorstadt-Komödie: Melodramatische Effekte (sogar in der großen „Meineidbauer“-Tragödie!), eingelegte Couplets (sogar in der klassischen Komödie „Die Kreuzelschreiber“!) und gewisse billige Theatralik. Nichts aber ist so bezeichnend, als daß wir sie deutlich als Fremdkörper im Kunstwerk Anzengrubers empfinden. Die Aesthetikin, die weiß Wunder wie klug zu sein meinen, wenn sie die Erdsünden hervorzerren und dann über den guten Mann hochmütig die Achseln zucken, verstehen nicht im mindesten das Haupt- vom Nebensächlichen zu scheiden. Auch Anzengruber mußte sich erst allmählich von gewissen Formen befreien, die seiner gewartet hatten; und die Befreiung vollzog sich langsamer, als er wollte, da er unter dem Zwang seines Publikums und seiner Schauspieler stand. Mit dem Publikum zwar nahm er es auf, dem „gewöhnte er die Dummheiten ab“, bis es ihn eines Tages — im Stich ließ und zu Jacques Offenbach hinüberwechselte. Aber die Bühnensterne! Sie waren in Wien (für Norddeutschland mußte Anzengruber erst entdeckt werden) allezeit mächtiger als irgend wer. Marie Geistinger! Josefine Gallmeyer! Sie und Ludwig Martinelli (der Wurzelsepp! der Einsam! der Steinklopferhans!) waren das Gnadengeschenk der Vorsehung für den Dichter: Fleisch und Blut von des Dichters ureigenem Geist! Der Geistinger und der Gallmeyer, seiner Anna Birkmaier („Pfarrer von Kirchfeld“), seiner Zworiacherlies („G'wissenswurm“), seiner Trutzigen war der spröde Meister Ludwig verfallen. Ihnen konnte er die Zugeständnisse nicht weigern.

Wer auf das Große zu sehen versteht, sieht Anzengruber den Großen. Der entdeckt auch, daß die Zusammenhänge zwischen Anzengruber und dem alten Wiener Volksstück nur ganz äußerlicher Art sind. Kaum im Stofflichen besteht Verwandtschaft. Gewiß, ein halbes Jahrhundert vor Anzengruber hatte schon Raimund dem Wiener Volksstück einen dichterischen Stern, die tiefere Symbolik des Lebens gegeben. Doch Raimund, abhängig von der Vorliebe der kindlichen Zeitgenossen für den Zauberspuk der Theatermaschine, wagte nicht den Schritt aus dem Märchen in die Wirklichkeit. Anzengruber bedurfte keines Zaubermantels, um das weite Reich des Lebens zu durchwandern. Er schuf sich seine Welt sozusagen aus dem Nichts; das heißt: er schuf sie aus seinem Innern und aus der wirklichen Welt da draußen, nicht aus der Literatur der Vorgänger.

Bevor es ein „soziales Drama“ dem Namen nach gab, war Ludwig Anzengruber der soziale Dramatiker. Vor allem „Das vierte Gebot“ spricht diesen Titel an. Die Bresthaften, die Verfolgten, die Gekreuzigten und Verbannten suchte er und fand sie als Eigenbrötler unter den Bauern und in der Enge des städtischen Kleinbürgertums. Auch auf die Spitzbuben (ein Beispiel ist der Hubmeyer im „Fleck auf der Ehr“) ließ er die goldene Sonne seines Humors scheinen. Schuld? Sühne? „Das sind nur Menschenworte“, sagt Anzengruber, „klein gegen des Geschickes Walten.“ Welcher Art waren die Theaterbauern vor Anzengruber gewesen? Rosenstallscher Art! Salontiroler in Zamben! Nicht bloß die unverfälschte Sprache zieht den Scheidestrich. Tiefer liegt's: Die Dichtung, die Wahrheit ist, die Unwahrheit, die nie Dichtung werden kann!

Das Schulbuch stempelt Anzengruber zum Volksstückschreiber, im Gegensatz zu den Dramatikern „höheren“ Stils. Dahinter steckt schließlich bloß der alte Hochmut, der die gesellschaftliche Schichtung sogar in die Aesthetik einschmuggelt. Waren Bauer, Handwerker und Arbeiter der sophokleischen Königen nicht ebenbürtig, warum, ihr Ammenkinder der Gewohnheit, sollt ihr bei Schillers „Tell“, bei Hauptmanns „Webern“ Ausnahmen gelten? Anzengruber ist einer der großen Tragiker. Seine „Kreuzelschreiber“, sein „G'wissenswurm“, sein „Doppelselbstmord“ aber sind — nur kühn heraus mit dem Wort! — die besten deutschen Komödien. Die Mundart wird nicht dauernd ein Hindernis des kritischen Verständnisses bilden ...

Nicht nur, was er schuf, der ganze Kerl! Das ist es. Die Persönlichkeit Ludwig Anzengrubers ist nicht mit ihm gestorben, sie lebt in seinen Werken. Sein Biograph, Anton Bettelheim, verglich den Frühverblichenen, der vor ihm auf der Bahre lag, mit einem gefallenen Helden, einem Helden aus den alten Bauernkriegen. Und so einer war er ja! Der Sohn notdürftiger, reichbegabter Eltern (der Vater, dem Fünfjährigen entrissen, war heimlicher Poet, die Mutter wurde des Sohnes geistige Freundin), der Nachkomme oberösterreichischer Bauern, besaß das Mark des Stephan Fadinger, des herrlichen Empörers und Freiheitskämpfers im Bauernkittel; der auch das Volk aufgerufen hatte gegen die großen Herren auf Adelsschlössern und Bischofssitzen. Bescheiden sagt Anzengruber in einem Briefe: „Ein andrer wollte sich nicht finden, welcher der Zeit von der Bühne herab das Wort redete, und einer mußte es tun, als mußte ich es sein.“

Gesinnung, noch so würdig, verleiht nicht Künstlerschaft! Aber im Herzen des Dichters, des Sehers, des Gestalters wird Weltanschauung auch zur künstlerischen Macht. Der Kampf gegen die kirchliche Unfreiheit wurde von keinem Volksredner oder Politiker so glorreich geführt wie von dem jungen Anzengruber, dessen noch gänzlich unbekannter und schon verstümmelter Name („L. Gruber“) eines Novemberfages im Jahre 1870 unter dem Wiener Theaterzettel des „Pfarrers von Kirchfeld“ stand. Ein Kämpfer blieb Anzengruber bis zum Ende, ein „Enthusiast seiner Sache“. Welcher Sache? Der Glaube an die Emporentwicklung der Menschheit, der gegen geistiges und weltliches Tyrannentum eingesetzte Wille. Aus dem engen, dumpfen Oesterreich, das, als Anzengruber die jungen Armrechte, noch in Banden des Konkordats lag, stieg er auf das Forum Deutschlands und der Welt. Seine Gestalten erhielten, ob auch ihre Hütten im verborgensten Gebirgswinkel standen, den Freibrief, der sie in gewissem Sinne zu Weltbürgern machte. Denn wer in seinen Romanen wie einem ihresgleichen begegnet war, der mußte, wenn der Wurzelsepp, der Einsam, der Steinklopferhans auf den Brettern auftauchte: Das ist im tiefsten erschaut! Das lebt!

Das Wanderleben, das Anzengruber, den armen Schauspieler, sieben Jahre lang durch die Kleinstädte der österreichischen Provinz führte, war für diesen Dichter die Hochschule, wie für Rosegger die Schneiderzeit. Aus engster Berührung mit den armen Schichten des Volkes gewann er die Erfahrungen, die er realistisch spiegelte, er, der Zeit nach der erste „Realist“ der deutschen Bühne. Er fand im Lande die Kärrner und armen Teufel, die jenen wundervollen Lebensglauben in sich tragen, der im Steinklopferhans verklärt ist. Dieser Philosoph in Lumpen liegt krank, von Gott und den Menschen verlassen, in seiner Lehmhütte und glaubt sich dem Verenden nahe. Da zieht ihm die mütterliche Natur den Schleier von den Augen, und es erwacht das Gefühl: Du bist, was Tier und Strauch und Mensch ist, ein Genosse und ein Teil des Gottes. Seither kann ihn kein Leid mehr treffen. Seither lacht er.

Aus dem Erz des Volkstums geschlagen, dieser Steinklopfer! Empfunden, nicht ersonnen, seine Religion der Freien! Wäre einst Anzengrubers Marmordenkmal zerfallen, das schlichte Wort des Bettlers wird bestehen: „Es kann dir nix g'scheh'n! Du g'hörst zu dem allen, und dös all's g'hört zu dir — es kann dir nix g'scheh'n!“

Kleines Feuilleton

= Programm für Sonnabend. Opernhaus: „Tristan und Isolde“, 5. — Schauspielhaus: „Rosmersholm“, ½7. — Alberttheater: „Zwei glückliche Tage“, 7. — Residenztheater: „Das Dreimäderlhaus“, 7. — Zentraltheater: „Die schöne Saskia“, 7.

= Mitteilungen der Sächsischen Landestheater. Opernhaus: Sonntag, 30. November, „Der Waffenschmied“. Besetzung: Stadinger: Georg Rottmayr; Marie: Grete Schubert (zum erstenmal); Graf Liebenau: Waldemar Staegemann; Knappe: Hans Rüdiger; Ritter Adelhof: Ludwig Ermold; Irmentraut: Minna Wolf. Anfang ½7 Uhr. — Schauspielhaus: In dem Schwank „Der Raub der Sabinerinnen“ am Sonntag den 30. November spielt Alfred Meyer zum erstenmal den Striese. Die übrigen Hauptrollen sind folgendermaßen besetzt: Gollwitz: Adolf Müller; Friederike: Auguste Diacono; Paula: Charlotte Buek; Dr. Neumeister: Hans Wahlberg; Marianne: Alice Dagny; Karl Groß: Eugen Huff; Emil Groß: Alexander Wierth; Rosa: Maximiliane Bleibtreu. Spielleitung: Alexander Wierth. Anfang ½7 Uhr.

= Literarische Gesellschaft. Die Sondervorstellung diesen Sonntag beginnt halb 11 Uhr.

= Gedächtnisfeier für Karl Gjellerup. Die Dresdner Schopenhauer-Gesellschaft veranstaltet diesen Sonntag vormittags 11 Uhr im „Palmengarten“, Pirnaische Straße, eine Gedächtnisfeier für Karl Gjellerup. Die Gedenkrede hält Dr. Paul Th. Hoffmann. Bruno Walter Iltz liest aus den Werken des Dichters.

= Paul Marx, der Chefredakteur des roten „Tages“, Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Presse, ist gestern in Berlin gestorben. Marx hat sich große Verdienste erworben um den Ausbau der deutschen Presse-Organisation, besonders auch um die Neugestaltung auf gewerkschaftlicher Grundlage.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19191129/2